

Jungsein in der Nicht-/Beteiligungsgesellschaft

Input: Dominik Ringler (Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg), Prof. Dr. Karin Böllert (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)

Kommentierung: Miriam Zeleke (Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales)

Moderation: Angela Smessaert (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)

Protokoll: Alena Franken (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)

Zentrale Inhalte

Die stellvertretende AGJ-Geschäftsführerin Angela Smessaert begrüßte alle Teilnehmenden des Forums und stellt die Mitglieder der Sachverständigenkommission, Prof. Dr. Karin Böllert und Dominik Ringler, sowie für die Kommentierung aus der Praxis Miriam Zeleke, Beauftragte für Förderung und Beteiligung von Kindern im Hessischen Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales, vor. Einführend ging Prof. Dr. Karin Böllert auf die verschiedenen Beteiligungsformate ein, die zur Erstellung des 17. Kinder- und Jugendberichts durchgeführt worden seien. Insgesamt seien rund 5.400 junge Menschen an dem Verfahren beteiligt gewesen. Es werde sich bemüht, die Erkenntnisse der aktuellen Berichtskommission an die nachfolgende Kommission weiterzugeben. Aus den Beteiligungsformaten habe sich ergeben, dass die Themenbereiche Familie, Freundschaften, Bildung, psychische Gesundheit, Diskriminierung, Flucht und Migration, gesellschaftliche Krisen und Teilhabechancen aktuell für junge Menschen besonders wichtig seien. Es sei festzustellen, dass die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt wesentlich mehr Möglichkeiten zur Beteiligung zur Verfügung stellen müsse.

Die Kommissionsmitglieder beschrieben anschließend die eigenständige Mitwirkung von jungen Menschen, Interessenvertretungen, Freiwilliges Engagement und Politische Bildung als wichtige Säulen von Partizipation. Hinderungsgründe guter Beteiligung seien Scheinpartizipation, regional ungleich verteilte Möglichkeiten zur Partizipation, geringes Selbstwirksamkeitsgefühl unter Jugendlichen sowie unbekannte oder schwer zugängliche Angebote. Es lasse sich aber die Tendenz feststellen, dass Kinder- und Jugendbeteiligung „en vogue“ sei. Auch die digitale Beteiligung sei ein wachsendes Handlungsfeld. Die Beteiligung junger Menschen habe sich in den letzten Jahren verstärkt und sei in der Kinder- und Jugendhilfe, Politik und Zivilgesellschaft zu einem zentralen Thema geworden. Auch in der Kita seien pädagogische Fachkräfte mittlerweile gefordert, die Beteiligung von Kindern sicherzustellen. Auch Interessensvertretungen und Selbstorganisationen seien von großer Bedeutung, bspw. der Careleaver-Verein.

Problematisch seien fehlende finanzielle und personelle Ressourcen. Intransparente Strukturen und komplizierte Verfahren würden zu Frustration und Überforderung bei Jugendlichen führen. Auch die Diversität von jungen Menschen sei in Beteiligungsformaten oft nicht ausreichend repräsentiert (bspw. Geflüchtete, Menschen mit Behinderung).

Es lasse sich derzeit ein hohes Maß an Engagement unter Jugendlichen feststellen. Politische Bildung sei dabei entscheidend für die Partizipationsfähigkeit und ein demokratisches Verständnis. Für gelingende Beteiligung brauche es jedoch verbindlichen Einfluss von jungen Menschen, transparente Strukturen, altersgerechte Unterstützung sowie finanzielle und zeitliche Ressourcen und Feedbackmechanismen. Kriterien für gute Beteiligung seien die eigenständige Mitwirkung, Interessensvertretungen, Schaffung von barrierefreien Zugängen und Anerkennung für ehrenamtliche Tätigkeiten sowie altersgerechte und praxisnahe Bildungsangebote. Problematisch sei jedoch auch die unzureichende Umsetzung gesetzlicher Regelungen und die Tatsache, dass Präzedenzfälle juristischer Art fehlen würden.

Kommentierung aus der Praxis von Miriam Zeleke

Miriam Zeleke setzt als Beauftragte für Förderung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen das Monitoring für Kinderrechte in Hessen um. In ihrem Input erläuterte Miriam Zeleke, wie das Land Hessen die Umsetzung der Kinderrechte untersucht habe. Das Ländermonitoring sei von der Monitoringstelle am Deutschen Institut für Menschenrechte durchgeführt worden. Zentrales und nicht zufriedenstellendes Ergebnis sei, dass 90% der hessischen Verwaltung die Kinderrechte nicht kennen würden. Es herrsche ein Umsetzungsdefizit in der öffentlichen Verwaltung. Eine Kinderrechtewerkstatt kam zudem zu dem Ergebnis, dass Kinder nicht das Gefühl hätten gut beteiligt zu werden. Miriam Zeleke berichtete, dass junge Menschen kritisiert hätten, dass mit den Ergebnissen aus Beteiligungsformaten nichts passieren würde und sich dadurch Frustration aufbaue. In Hessen seien Präventionsketten gegen Kinderarmut eingerichtet worden und das Land verknüpfe diese nun mit den Kinderrechten.

Eine Kultur der Beteiligung lasse sich schwer umsetzen, es fehle an Qualitätsstandards. Zeleke betonte, dass die Beteiligung als Instrument der Demokratiebildung verteidigt und verbessert werden müsse.

Diskussionsergebnisse

Zentrale Gedanken des Forums waren, dass politische Entscheidungsträger*innen verstärkt sensibilisiert und die Investitionen in Bildung intensiviert werden müssten. Zugleich müsse ressortübergreifendes Arbeiten wie bspw. im Bereich Klima und Gesundheit vorangebracht werden. Politische Bildung sei eine Voraussetzung von Beteiligung, aber diese müsse niedrigschwellig ansetzen. Auch Armut sei ein großes Problem. Es wurde diskutiert, wie junge Menschen Beteiligung erlernen könnten. In Ostdeutschland seien die Hürden oftmals sehr hoch. Gleichzeitig fehle es vor allem auf dem

Land an geschulten Fachkräften, die Beteiligungsformate durchführen könnten. Junge Menschen würden zudem auch das System Schule als hochgradig undemokratisch empfinden. In Bezug auf Beteiligung sei auch interessant, dass intergenerationale Beteiligungserfahrung in Familien vererbt werde, Familienmitglieder hätten also eine Vorbildfunktion. Es sei gleichzeitig auch ein Privileg, sich Beteiligung leisten zu können.

Aus machtkritischer Perspektive sei es wichtig, Strukturen so zu entwickeln, dass Macht abgegeben werden könne. Gefordert wurden zudem mehr rechtliche Regelungen, um eine juristische Grundlage für partizipative Prozesse zu schaffen.